

A1NEU2 GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS - Benennen, Erforschen, Bekämpfen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

2011 Antisemitismus ist auch im Jahr 2018 ein Thema mit schockierender Aktualität.
2012 Kippa tragende Personen werden in deutschen Städten auf offener Straße
2013 angegriffen. Ein Zustand, der niemals wieder als Normalität akzeptiert werden
2014 darf und dem gerade deshalb immer wieder mit Empörung und Widerstand begegnet
2015 werden muss. Allerdings beginnt Antisemitismus nicht erst dann, wenn
2016 vermeintlich als Jüd*innen identifizierte Personen auf offener Straße körperlich
2017 angegriffen, Synagogen attackiert oder jüdische Friedhöfe geschändet werden.
2018 Antisemitismus beginnt bereits bei verbalen Entgleisungen am Stammtisch, unter
2019 Freund*innen oder in der Schule. Im Folgenden soll daher zunächst versucht
2020 werden eine Begriffsklärung in Form einer Arbeitsdefinition von "Antisemitismus"
2021 zu geben, auf welche sich dieser Antrag auch im Weiteren beziehen wird:

2022 Arbeitsdefinition "Antisemitismus":

2023 "Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüd*innen, die sich als
2024 Hass gegenüber Jüd*innen ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in
2025 Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und / oder deren
2026 Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse
2027 Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als
2028 jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten
2029 antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Jüd*innen betrieben eine gegen
2030 die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die
2031 Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort,
2032 Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative
2033 Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge. (...) Antisemitische
2034 Diskriminierung besteht darin, dass Jüd*innen Möglichkeiten oder Leistungen
2035 vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen." (IHRA
2036 "Arbeitsdefinition Antisemitismus"[1])

2037 Antisemitismus an Schulen

2038 Antisemitismus ist an deutschen Schulen nicht erst seit den jüngsten Berliner
2039 Vorfällen ein gravierendes Problem. Bekannt ist es auch den Verantwortlichen -
2040 Schulleiter*innen, Schulämtern etc. - schon lange. Warum wird dann so lange
2041 trotzdem nichts unternommen? Oft besteht die Antwort auf diese Frage darin zu
2042 sagen, Schulen würden deshalb häufig so lange wegschauen, weil sie nicht
2043 stigmatisiert werden wollten.[2] Allerdings ist wegschauen und die Verantwortung
2044 von sich weisen kein Weg, Antisemitismus zu bekämpfen. Campusgrün fordert daher,
2045 dass Antisemitismus auch an Schulen endlich konsequent bekämpft wird. Dies ist
2046 nur durch einen deutlichen Ausbau von sensibilisierenden Aus- und Fortbildungen
2047 und mehr Zeit im Klassenzimmer und an Lernorten außerhalb der Schule möglich.
2048 Hierfür braucht es endlich vernünftige Betreuungsschlüssel, was bedeutet, dass
2049 deutlich mehr Geld in Schulen investiert werden muss.

2050 Grundlegende Verbesserungen in der Lehramtsausbildung

2051 Um Antisemitismus an Schulen wirklich bekämpfen zu können, muss allerdings auch
2052 die Lehramtsausbildung in diesem Bereich verbessert werden: "Die Forderung, daß
2053 Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so

2054 sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch
2055 zu sollen.”[3] Die bereits 1971 von Theodor W. Adorno formulierte Forderung
2056 tatsächlich umzusetzen, bedeutet auch, die Lehramtsausbildung grundlegend zu
2057 verbessern. Campusgrün fordert daher, dass die Geschichte des
2058 Nationalsozialismus und der Shoah ein wichtiger Bestandteil jeder
2059 Lehramtsausbildung sein sollte.

2060 Forschung und Lehre: weiterhin gravierende Lücken
2061 Leider bleiben diese Themen nicht nur in der Lehramtsausbildung (nahezu)
2062 vollkommen unbehandelt. Die Erforschung von Antisemitismus und eine
2063 Auseinandersetzung mit der Shoah haben in den meisten regulären
2064 Lehrveranstaltungen kaum einen Raum. Insbesondere eine Behandlung der
2065 Realgeschichte findet (fast) nie statt. Auch wenn die Förderungen von
2066 Forschungsvorhaben in diesen Bereichen in der jüngsten Vergangenheit bereits
2067 verbessert wurde, ist insbesondere die Situation von Forscher*innen nach der
2068 Promotion in diesem Bereich weiterhin äußerst prekär. [10] Campusgrün schließt
2069 sich daher der Forderung an, die Forschung in diesen Bereichen zu sichern, indem
2070 eine bessere Perspektive für Wissenschaftler*innen geschaffen wird. Darüber
2071 hinaus fehlt eine dauerhafte Beschäftigung mit Antisemitismus, welche diesen
2072 nicht nur als ein Ressentiment oder Relikt der Vergangenheit versteht, sondern
2073 diesen als ein Moment gegenwärtiger Vergesellschaftung erkennt. CampusGrün
2074 fordert daher die Einrichtung von diesem Thema gewidmeten Lehrstühlen.[4]

2075 Israel - “Why do Jews need a land of their own?”[5]
2076 Der moderne Antisemitismus richtet sich nicht selten insbesondere gegen den
2077 Staat Israel. Immer wieder wird von verschiedenen Seiten versucht, die Existenz
2078 des Staates Israel zu delegitimieren. Angefangen dabei, dass die Staatsgründung
2079 bereits “unrechtmäßig” gewesen sei, gefolgt von der Darstellung, Israel sei der
2080 autoritäre und rassistische Staat schlechthin, bis hin zu Behauptungen, welche
2081 Israel als einen “Apartheidstaat” verunglimpfen. Dabei ist gerade Israel die
2082 einzige noch funktionierende Demokratie im Nahen Osten. Völlig außer Acht
2083 gelassen wird von solchen selbsternannten “Kritiker*innen” ebenfalls, dass
2084 Israel der einzige Staat ist, dessen Existenz offen von Vernichtungsdrohungen
2085 real gefährdet ist.[6] Darüber hinaus wird auch die historische Situation und
2086 Prekarität der Lebensbedingungen von Jüd*innen nicht berücksichtigt. Jüd*innen
2087 werden seit Jahrhunderten weltweit verfolgt und als “Sündenbock” für die
2088 unterschiedlichsten gesellschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht. Die
2089 millionenfache, industrielle Ermordung der Jüd*innen durch die Nazis in Europa
2090 und das lange Wegschauen der übrigen Staaten der sogenannten Weltgemeinschaft
2091 haben gezeigt, dass das Leben der Jüd*innen in keinem der existierenden Staaten
2092 gesichert ist. Umso verheerender ist es, dass Jüd*innen heute gerade dort am
2093 stärksten bedroht werden, wo sie sich am sichersten wähnten – in Israel. Wir als
2094 Bundesverband Campusgrün verurteilen daher insbesondere auch den auf Israel
2095 bezogenen Antisemitismus in jeglicher Form. Campusgrün versteht sich als
2096 solidarisch mit Israel, was bedeutet, das dessen Recht auf Existenz und
2097 Selbstverteidigung außer Frage steht.

2098 Doppelstandards im Umgang mit Israel
2099 Wenn es um Israel geht, sind auch Doppelstandards oft auf der Tagesordnung. In
2100 vielen politischen, gesellschaftlichen und insbesondere medialen Kontexten wird
2101 der Staat Israel häufig anders beurteilt oder behandelt als andere Staaten. Wenn
2102 es um sozio-ökonomische Ungleichheit geht, wird Israel sogar als
2103 “Apartheidstaat” bezeichnet. Das Problem ist dabei nicht die Kritik, an

2104 einzelnen Amts-/Staatshandlungen, sondern die generalisierende Perspektive und
2105 die Beschränkung dieser Kritik auf den Staat Israel. Häufig wird auch die
2106 ökonomische bzw. soziale Ungleichheit von Personengruppen in Israel kritisiert
2107 (das Einkommen der israelischen Bevölkerung ist gleichmäßiger verteilt als das
2108 in Großbritannien, China und den USA[7]), ohne beispielsweise jemals die
2109 Situation von pakistanischen Gastarbeiter*innen in Dubai oder die von 190
2110 Millionen Kinder, welche weltweit in Staaten wie dem Sudan unter schlimmsten
2111 Bedingungen arbeiten müssen[8], öffentlich zu problematisieren.
2112 Auch in der medialen wie auch in der institutionellen Landschaft des
2113 öffentlichen Lebens, erfährt Israel "Sonderbehandlungen", die man nur als
2114 Doppelstandards begreifen kann. Während in der UN im Jahr 20 Resolutionen
2115 verabschiedet werden, die "Menschenrechtsverletzungen" in Israel rügen, wurde
2116 nur eine Resolution verabschiedet, welche Menschenrechtsverletzungen in
2117 Nordkorea rügt. Die WHO schafft es sogar Israel, als einzig namentlich genannten
2118 Land, in Berichten die Verletzung von Gesundheitsrechten vorzuwerfen. Israel ist
2119 darüber hinaus der einzige Staat in der UN, dem von anderen Mitgliedstaaten das
2120 Existenzrecht abgesprochen wird[9].

2121 Keine Zusammenarbeit mit BDS - sogenannten Antizionismus entlarven!
2122 Der ideologisch motivierte und auf die Delegitimierung Israels ausgerichtete
2123 Geschichtsrevisionismus und die Zusammenhangsverkürzungen der BDS-Bewegung sind
2124 als solche klar zu benennen und zu verurteilen. Jegliche Zusammenarbeit mit BDS
2125 ist daher abzulehnen. Grüne Hochschulgruppen unterstützen BDS nicht; weder in
2126 Form von Mitgliedschaften, noch dadurch, BDS-Funktionär*innen eine Bühne an
2127 Hochschulen zu bieten. Grüne Hochschulgruppen und ihre Mitglieder verweigern sich
2128 der politischen Zusammenarbeit mit Funktionär*innen und Aktivist*innen des BDS.
2129 Grüne Hochschulgruppen wirken auf die Verhinderung oder zumindest die kritische
2130 Begleitung BDS propagierender Veranstaltungen an Hochschulen hin. Dies gilt auch
2131 für BDS ideologisch nahestehende Veranstaltungen wie die "Israeli Apartheid
2132 Week" und Organisationen, die unter einem anderen Namen als "BDS" dieselben
2133 Ziele verfolgen, wie z.B. PACBI (Palestinian Campaign for the Academic and
2134 Cultural Boycott of Israel).

2135 Unsere Forderungen:

2136 Im Folgenden werden die im Antrag erhaltenen Forderungen noch einmal
2137 zusammengefasst.

- 2138 • Campusgrün fordert, dass Antisemitismus auch an Schulen endlich konsequent
2139 bekämpft wird. Dies ist nur durch einen Ausbau von sensibilisierenden Aus-
2140 und Fortbildungen und mehr Zeit im Klassenzimmer und an Lernorten
2141 außerhalb der Schule möglich. Hierfür braucht es endlich vernünftige
2142 Betreuungsschlüssel, was bedeutet, dass deutlich mehr Geld in Schulen
2143 investiert werden muss.
- 2144 • Campusgrün fordert, dass die Geschichte des Nationalsozialismus und der
2145 Shoah ein wichtiger Bestandteil jeder Lehramtsausbildung sein sollte.
- 2146 • Campusgrün fordert die Einrichtung von Lehrstühlen, die der Erforschung
2147 von Antisemitismus als Moment gegenwärtiger Vergesellschaftung gewidmet
2148 sind.
- 2149 • Campusgrün schließt sich der Forderung an, die Forschung in den Bereichen
2150 Erforschung von Antisemitismus und Geschichte des Nationalsozialismus und

2151 der Shoah zu sichern, u.a. indem eine bessere Perspektive für
2152 Wissenschaftler*innen geschaffen wird.

2153 • Grüne Hochschulgruppen unterstützen BDS nicht; weder in Form von
2154 Mitgliedschaften, noch dadurch, BDS-Funktionär*innen eine Bühne an
2155 Hochschulen zu bieten. Grüne Hochschulgruppen und ihre Mitglieder
2156 verweigern sich der politischen Zusammenarbeit mit Funktionär*innen und
2157 Aktivist*innen des BDS. Grüne Hochschulgruppen wirken auf die Verhinderung
2158 oder zumindest die kritische Begleitung BDS propagierender Veranstaltungen
2159 an Hochschulen hin.

2160 • Wir als Bundesverband Campusgrün verurteilen daher insbesondere auch den
2161 auf Israel bezogenen Antisemitismus in jeglicher Form. Campusgrün versteht
2162 sich als solidarisch mit Israel, was somit auch bedeutet, das dessen Recht
2163 auf Existenz und Selbstverteidigung außer Frage steht.

2164 _____

2165 [1] IHRA "Arbeitsdefinition Antisemitismus", ausführliche Definition unter:

2166 <https://european-forum-on-antisemitism.org/definition-of-antisemitism/deutsch-german>

2168 [2] <http://www.fr.de/politik/meinung/kolumnen/antisemitismus-politischer-kindergarten-a-1482193>

2170 [3] Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1.
2171 Auflage 1971

2172 [4] Mehr dazu: <https://www.tagesspiegel.de/.../hochschulen-gra.../20954222.html>

2173 [5] https://web.archive.org/web/20081231221421/http://www.sholom-aleichem.org/why_jews_need2.htm

2175 [6] Mehr dazu:

2176 <https://ajcberlin.org/sites/default/files/downloads/ajcisraelundderarabischisraelischekonflikt.pdf>

2178 [7] http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?wai=true&dataset=ilc_di12

2179 [8] [https://www.planet-](https://www.planet-wissen.de/geschichte/menschenrechte/sklaverei/pwiernesklaverei100.html)

2180 [wissen.de/geschichte/menschenrechte/sklaverei/pwiernesklaverei100.html](https://www.planet-wissen.de/geschichte/menschenrechte/sklaverei/pwiernesklaverei100.html)

2181 [9] <https://ajcberlin.org/de/media/meinungen/schaendlich-10-faelle-denen-israel-anders-behandelt-wird>

2183 [10] [Dies ist nicht nur in der Antisemitismusforschung der Fall, sondern auch in](#)

2184 [anderen Feldern der Wissenschaft, welche sich der kritischen Forschung](#)

2185 [verschrieben haben.](#)

Begründung

Begründung ist im Antrag enthalten und erfolgt noch einmal mündlich.